

„Fassaden begrünen“

Anträge von BLN und SPD im Gemeinderat behandelt

eml. NACKENHEIM — Das politisch-programmatische Profil der jüngsten Ratssitzung wurde von zwei Anträgen bestimmt, von denen der eine aus den Reihen der BLN-Fraktion mit einem Vorschlag zur innerörtlichen Begrünung eine kommunalpolitische, der andere der SPD-Fraktion mit der Anregung einer Partnerschaft zu einer DDR-Gemeinde sogar eine deutsch-deutsche Perspektive aufzeigte. Beide Anträge wurden vom Rat unterstützt.

Nachdem mehrere Versuche, durch Pflanzung von Bäumen mehr Grün in den Ortskern einzubringen, vornehmlich aus unterschiedlichen technischen Gründen gescheitert seien, biete sich als Alternative eine Fassadenbegrünung mit Kletterpflanzen in diesem Bereich an, sagte Ratsmitglied Stauder (BLN), der den Antrag seiner Fraktion begründete. Die Vorteile einer solchen Maßnahme lägen auf der Hand. Die Gemeinde könne ein solches Konzept durch die Zurverfügungstellung des preiswerten Pflanzmaterials, entsprechende Information und eine Prämierung der gelungensten Fassadengestaltung schon für die Pflanzsaison 1990 unterstützen. Die Ratsmitglieder einigten sich darauf, daß der Umweltausschuß eine entsprechende Planung ausarbeiten soll.

Deutschlandpolitik zum Anfassen bot dann die SPD mit ihrem Antrag. Fraktionssprecher Speckenheuer sprach von der „historischen Chance“, die es zu nutzen gelte. Aufgrund

der „überwältigenden“ Ereignisse in der DDR sei eine „partnerschaftlich-freundschaftliche“ Beziehung zu einer Gemeinde in der DDR wünschenswert. Die Vision einer solchen Partnerschaft regte die Phantasie der Ratsmitglieder sichtlich an und es wurde spekuliert. Sollte der künftige Partner Leuna sein, eine Wirkstätte des Ehrenbürgers Pier, oder eine Gemeinde des Landkreises Erfurt, mit dem der Kreis Mainz-Bingen enge Beziehungen pflegen möchte, oder „einfach eine Weinbaugemeinde“? Die Ortsparlamentarier verständigten sich darauf, daß die Gemeinde Nackenheim „Kontakt mit der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn und der Kreisverwaltung Mainz-Bingen“ aufnehmen soll, „mit dem Ziel, eine partnerschaftliche Verbindung mit einer Gemeinde in der DDR herzustellen.“

Außerdem vergab der Rat für rund 6000 Mark die „vorläufige Einzäunung“ des Friedhofsgeländes, die sich im Zuge der Friedhofserweiterung als notwendig erwiesen hatte. Auf die Ausschreibung dieser Arbeiten hatten nur zwei Firmen geantwortet, was auch auf die Vorgesichte zur Vergabe der Sanitärarbeiten im gemeindeeigenen Haus in der Fischergasse zutraf. Der Rat folgte der Beschlußvorlage des Haupt- und Finanzausschusses und übertrug die Arbeiten einer Firma, die im gleichen Haus auch schon mit der Installation der Heizungsanlage befaßt ist.